

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 08 vom 24. August 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadtpräsident Raphael Lanz Stadträtin Andrea de Meuron, Stadträte Hanspeter Aellig, Michael Dähler, Thomas Hiltbold, Serge Lanz, Daniel Schenk, Alois Studerus, Andreas Zwahlen
Schluss der Sitzung	19:30 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Sie erinnert an die abschliessende Orientierung über die Innenstadtbaustellen für die Stadtratsmitglieder.

Die Stadtratspräsidentin beantragt, Traktandum 6 und 7 zusammen zu behandeln.

Der Antrag wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

57. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 29. Juni 2017.

Das Protokoll wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

58. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl Fachkommission Sicherheit und Soziales anstelle von Matthias Wiedmer

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, schlägt *Andreas Zwahlen (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion, beschliesst:

In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Matthias Wiedmer (SVP) per sofort gewählt: Andreas Zwahlen (SVP)

59. Verlängerung Leistungsvertrag 2018-2019 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue, jährlich wiederkehrende Ausgabe für die Jahre 2018, 2019 und 2020

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2017

Gemeinderat Peter Siegenthaler weist auf die Tischvorlage hin. Es handelt sich einerseits um den Zusatz zum Leistungsvertrag 2015-2017 vom November 2014, andererseits um drei verschiedene Anträge zur Verlängerung des Leistungsvertrags mit der Stiftung Kinderkrippe:

Präzisiertes Antrag des Gemeinderates:

1. (präzisiert:) Genehmigung der Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Stiftung Kinderkrippe für die Jahre 2018/2019 (2. Zusatz zum Leistungsvertrag 2015-2017).
2. (unverändert:) Ermächtigung des Gemeinderates, den Leistungsvertrag mit der Stiftung Kinderkrippe nötigenfalls um ein weiteres Jahr bis Ende 2020 zu verlängern.
3. (unverändert:) Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich 170'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Kinderkrippe (Kita Thun) für die Jahre 2018, 2019 und 2020.
4. (unverändert:) Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Antrag FdM:

1. Genehmigung der Verlängerung des Leistungsvertrages 2018 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun.
2. (streichen)

3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 170'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Stiftung Kinderkrippe (Kita Thun) für das Jahr 2018.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Eventualantrag SVP/FDP-Fraktion bei Ablehnung des Antrags FdM:

1. Genehmigung der Verlängerung des Leistungsvertrages 2018 und 2019 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun.
2. (Streichen)
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich 170'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Stiftung Kinderkrippe (Kita Thun) für die Jahre 2018 und 2019.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Claude Schlapbach, **SAKO Si + So**, informiert über die guten Antworten des Gemeinderates zum Systemwechsel des Kantons. Es ist unklar, wann der Systemwechsel umgesetzt wird. Die Verlängerung des Leistungsvertrages wird als sinnvoll erachtet. Die SAKO empfiehlt einstimmig bei zwei Enthaltungen dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, möchte mit dem Antrag der Fraktion der Mitte den zeitlichen Druck aufrecht erhalten, der sich jedoch nicht gegen die Kinderkrippen richtet. Der Systemwechsel zu den Betreuungsgutscheinen soll rasch an die Hand genommen werden. Durch das Abwarten der Grundlagen des Kantons besteht Raum für einen Wechsel auf den 1.1.2019. Die Kosten für die Stadt werden nicht gesenkt, dafür wird die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Anbietern gewährleistet. Die Eltern können aus einem breiten Angebot auswählen. Bei einer Ablehnung des Antrags schliesst sich die Fraktion dem Eventualantrag der SVP/FDP-Fraktion an.

Eveline Salzmann, **SVP/FDP-Fraktion**, steht für Familie und Wirtschaft ein und freut sich über den Einsatz des Gemeinderates für eine familienexterne Betreuung. Der Antrag des Gemeinderates ist nicht vollständig zufriedenstellend. Es wird auf das Postulat aus dem Jahr 2014 verwiesen, in dem eine Prüfung der Einführung von Betreuungsgutscheinen gefordert wurde. Des Weiteren wird an die Interpellation im 2017 zum Systemwechsel erinnert, in der man weg von der Subventionierung von Kitas, hin zur Abgabe von Betreuungsgutscheinen will. Mit diesem Systemwechsel werden kürzere Wartezeiten und mehr Wettbewerb zwischen den Anbietern erhofft. Es wird kritisiert, dass es zur Abstimmung um die Verlängerung des Leistungsvertrages gekommen ist, bevor die Interpellation beantwortet werden konnte. Die Fraktion ist nicht an einem vertragslosen Zustand interessiert und folgt deshalb dem Antrag der Fraktion der Mitte. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Leistungsvertrag bei einer Verzögerung des Systemwechsels erneut um ein Jahr verlängert werden kann. Sollte der Antrag der FdM abgelehnt werden, stellt die Fraktion den Eventualantrag, dass der Leistungsvertrag um 2 Jahre verlängert wird. Die familienexterne Betreuung ist erwünscht, der Gemeinderat soll jedoch vorwärts machen mit dem Systemwechsel. Die SVP/FDP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der FdM an.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, informiert über die Inbetriebnahme des Spielbusses der Stiftung Kinderkrippe Thun. Die Fraktion unterstützt die Verlängerung des Leistungsvertrages. Es wird darauf hingewiesen, dass der Vertrag jeweils auf Ende Jahr kündbar ist. Die Fraktion dankt für die Erhöhung der Krippenplätze seit dem Jahr 2014. Es sollen weitere Plätze geschaffen werden, falls diese erwünscht und benötigt werden.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, findet es schade, dass im Vorfeld wenig diskutiert wurde aufgrund von fehlenden SAKO-Sitzungen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Vertragsverlängerungen der anderen 8 Kitas bereits beschlossen wurden. Es stellt sich die Frage, ob dabei an den Systemwechsel gedacht wurde. Die Fraktion lehnt den Antrag der FdM ab und stimmt dem Eventualantrag der SVP/FDP-Fraktion einstimmig zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, erläutert das Geschäft und informiert über die Absicht, die Betreuungsgutscheine bis 2019 in Kraft zu setzen. Es wird von einem Pilotversuch in den kommenden zwei Jahren

abgeraten. Beim Antrag der FdM wird die kurze Vertragsdauer kritisiert. Eine Verlängerung des Leistungsvertrages um 2 Jahre, wie die SVP/FDP-Fraktion in ihrem Eventualantrag vorschlägt, ist für die Fraktion vorstellbar. Die Abteilung Soziales wird gebeten, vorwärts zu machen und den Systemwechsel zu vollziehen. Der überhastete Antrag der FdM wird entschieden abgelehnt.

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert über die Beweggründe, warum die beiden Anträge vom Gemeinderat abgelehnt werden. Die Option einer Verlängerung ist wichtig, um als verlässlicher Partner auftreten zu können. Die Institutionen benötigen eine gewisse Planungssicherheit, um ihre Tätigkeit ausführen zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass der Stadtrat in ein bis zwei Jahren unter Umständen nicht mehr das finanzkompetente Organ ist. Die Zuständigkeit kann sich laut Stadtverfassung ändern. Der Unmut von Stadträtin Eveline Salzmännin bezüglich unbeantworteter Interpellation ist nachvollziehbar. Im Oktober wird über die Interpellation und den Grundsatz der Betreuungsgutschriften diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, dass in Thun kein eigenes Regime in den Betreuungsgutschriften eingeführt werden kann. Dies hätte zur Folge, dass die generierten Kosten vollständig von der Stadt übernommen werden müssten. Es muss daher auf das Regelwerk des Kantons gewartet werden, welches auf das Jahr 2019 oder 2020 angekündigt wurde. Die Betreuungsgutschriften werden bei den Kitas zu weniger Aufwand führen. Dieser fällt dafür bei der Stadt an, die die Rechnungsmodalitäten übernimmt. Er bittet die Räte, die beiden Anträge abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Herr Siegenthaler dankt Stadtrat Bühlmann für das ausgesprochene Lob.

Abstimmungen

Gegenüberstellung:

Antrag Gemeinderat: 12 Stimmen

Antrag FdM: 15 Stimmen

Der Rat lehnt den Antrag der FdM in der Schlussabstimmung mit 15 : 17 Stimmen ab.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt einen Rückkommensantrag. Der Eventualantrag der SVP/FDP-Fraktion soll in einen Hauptantrag umgewandelt werden.

Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag zu.

Gegenüberstellung:

Antrag FdM: 6 Stimmen

Antrag SVP/FDP-Fraktion: 17 Stimmen

Enthaltungen: 7

Der Rat nimmt den Antrag der SVP/FDP-Fraktion mit 17 : 6 Stimmen an.

Gegenüberstellung:

Antrag Gemeinderat: 10 Stimmen

Antrag SVP/FDP-Fraktion: 22 Stimmen

Der Rat beschliesst in der Schlussabstimmung mit 22 : 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss (SVP/FDP-Fraktion)

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 5 Absatz 4 und Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 9. August 2017, beschliesst:

1. Genehmigung der Verlängerung des Leistungsvertrages 2018 und 2019 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich 170'100 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Stiftung Kinderkrippe (Kita Thun) für die Jahre 2018 und 2019.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

60. Postulat P 2/2017 betreffend einer besseren Erschliessung der Gewerbezone Gwattmoos und des Wirtschaftspark Thun

BDP Fraktion vom 6. April 2017; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. P 2/2017

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, dankt der Verwaltung für die Antwort und erläutert das Geschäft. Folgende drei Punkte sind der Fraktion wichtig: Die Fraktion hofft auf eine rasche Umsetzung und eine Inbetriebnahme im Herbst 2018. Verzögerungen sind zu vermeiden. Zudem soll die Verkehrssituation für Anwohnende und Gewerbe-Betreibende verbessert werden. Ein Kreisel würde die jetzige Verkehrssituation entschärfen. Nicht zuletzt sollen die Geschwindigkeiten angepasst werden, um die gesamte Verkehrssituation zu beruhigen. Das zukünftige Verkehrsaufkommen durch den Wirtschaftspark ist schwierig abzuschätzen. Bei einem erhöhten Verkehrsaufkommen ist es vorstellbar, zu einem späteren Zeitpunkt nochmals genauer hinzuschauen. Die Fraktion vertraut auf die Einschätzung des Gemeinderates und unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die Bearbeitung des Postulates. Der Wille des Gemeinderates, gute Voraussetzungen zu schaffen, ist ersichtlich. Die pragmatische Angehensweise bei dem Projekt Strättligenstrasse/Moosweg gefällt der Fraktion. Der reguläre Prozess soll ohne grosse Zeitverzögerungen und Hürden in Angriff genommen werden. Es ist erstaunlich, dass bei der Umzonung gleichzeitig die Erschliessung umgesetzt werden soll. Eine Koordination der Ämter fehlt. Niederlassungen und Firmen, die von den Erschliessungen abhängig sind, benötigen Sicherheit. Die Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates und unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Der Vorstoss, so Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, rennt offene Türen ein. Die Bedürfnisse der heutigen Zeit werden nicht mehr erfüllt. Die Umsetzung der beiden Etappen ist nötig. Es wird gehofft, dass die erste Etappe die gewünschte Wirkung erzielt und zur Entlastung der Verkehrssituation beiträgt.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, ist überzeugt von dem Projekt. Die Fraktion erklärt sich mit den Ausführungen des Gemeinderates einverstanden und stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, findet eine Erschliessung nach der Realisation problematisch. Das hohe Verkehrsaufkommen war absehbar. Der Fokus der Realisierung lag klar beim MIV. Es stellt sich die Frage nach anderen Mobilitätslösungen, die in einem Mobilitätskonzept erarbeitet und ebenfalls zu einer Verminderung des Verkehrsaufkommens führen können.

Franz Schori (SP) erinnert an die Spätfolgen der Debatte um die Umzonung eines Gewerbeparks vor vielen Jahren, bei der sich die linke Ratshälfte für eine Erschliessung ausgesprochen hat, während die bürgerliche Ratshälfte abwarten wollte.

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über die allgemeine Verkehrszunahme in den letzten Jahren. Dabei hat sich nicht nur das Gewerbe, sondern auch der Strättlihügel entwickelt. Die Erschliessung des Strättlihügels wurde ebenfalls abgeändert. Die Bedeutung der Strättligenstrasse wird durch die Inbetriebnahme des Bypasses vermutlich zunehmen, was Anlass zur Aufwertung und Verstärkung der Strasse in einem Parallelprojekt gibt. Die Strättligenstrasse ist in der Schwachstellenanalyse des Gesamtverkehrskonzepts aufgeführt. Es handelt sich bei der Verbreiterung der Strasse um ein kleines Element eines grösseren Projekts, das einen schnellen Prozess gewährleisten soll. Es wird auf die problemlose Zusammenarbeit zwischen dem Bauinspektorat und dem Planungs- und Tiefbauamt hingewiesen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es ab.

61. Postulat P 4/2017 betreffend mehr Erfolg und Qualität im Städtebau - Reorganisation anpacken und Chance für eine Stadtbaumeisterin - einen Stadtbaumeister nutzen.

Fraktion Grüne vom 11. Mai 2017; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. P 4/2017

Gemeinderätin Marianne Dumermuth ist sich im Klaren darüber, dass unterschiedliche Vorstellungen zur Organisation bestehen. Der Gemeinderat teilt das grosse öffentliche Anliegen einer Qualitätsentwicklung. Dazu gehört neben der Baukultur der Gebäude auch die Attraktivität des öffentlichen Raumes. Genauso wichtig sind wirtschaftliche Interessen und die Bedürfnisse von Nutzerinnen und Nutzern. In Thun werden in der heutigen Zeit bei grossen Vorhaben Wettbewerbe durchgeführt. Es wird vermutet, dass das Anliegen nicht mehr ganz aktuell ist. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die zeitgemässe Organisation die Kernanliegen erfüllt. In der heutigen Zeit zählen Teams, die gemeinsam Lösungen suchen und ihr Know-How teilen. Im Speziellen wird auf den Beauftragten für den Städtebau im Planungsamt verwiesen, der eine Sonderstellung mit vielen Querschnittsaufgaben hat. Er ist bei allen grösseren Vorhaben dabei. Die Zuständigkeiten innerhalb der Stadt sind ebenfalls geklärt. Der Gemeinderat ist offen für Optimierungsvorschläge. Frau Dumermuth weist darauf hin, dass die Reorganisation in den Aufgabenbereich des Gemeinderates fällt. Reorganisationen können Unruhe stiften. Viele grosse Aufgaben stehen in der nächsten Zeit an. Der Gemeinderat bittet die Räte, das Postulat abzulehnen.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Die Fraktion ist anderer Meinung. Fast jede andere grosse Stadt kennt die Funktion eines Stadtbaumeisters, wobei die Kompetenzen unterschiedlich geregelt sind. Dabei geht es nicht um eine übermächtige Person, sondern um einen Koordinator, der die vorhandenen Ressourcen bündelt und nützt. Es ist fraglich, ob die Zusammenarbeit zwischen dem Bauinspektorat und dem Planungs- und Tiefbauamt tatsächlich so gut läuft. Ein Stadtbaumeister würde dabei unter Umständen helfen. Im Hinblick auf die Realisierung der Ortsplanungsrevision wäre eine solche Stelle von Vorteil. Dabei müssen langfristig nicht zwingend neue Stellenprozentage geschaffen werden. Es wird kritisiert, dass in Thun keine wirkliche Baukultur vorhanden ist. Die Fraktion stimmt einstimmig für die Annahme des Postulats.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Es wird darauf hingewiesen, dass in den letzten Monaten viele Vorstösse zum gleichen Thema eingereicht wurden. Die Fraktion ist mit dem Gemeinderat einverstanden, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Reorganisation nötig ist. Die laufende Ortsplanungsrevision hat Priorität und muss zu einem termingerechten und gewinnbringenden Abschluss gebracht werden. In letzter Zeit wurden einige Fragen zum Planungsamt und der Direktion Stadtentwicklung gestellt. Der Abgang der Chefin des Planungsamtes sowie die häufigen Stellenwechsel des Beauftragten für Städtebau werden kritisiert. Auch der Fachausschuss für Bau- und Aussenraumgestaltung steht in Kritik. Eine Einzelperson wird die notwendigen Kompetenzen nicht mitbringen, um alle Probleme auf einen Schlag lösen zu können. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Verwaltung im Bereich Bau- und Stadtentwicklung noch gut aufgebaut ist. Die Planung rund um den ESP Thun Bahnhof und die Schadau-Gärtnerei geht der Fraktion zu langsam vorwärts. Es wird signalisiert, dass sich der Zeitpunkt gegen Ende der Ortsplanungsrevision eignet, um die Organisation kritisch zu betrachten und zu hinterfragen. Der Gemeinderat wäre gut beraten, wenn er die Thematik mit dem nötigen Gewicht und der erforderlichen Seriosität weiterverfolgen würde. Es gibt viele Städte, die mit einem Stadtbaumeister gute Erfahrungen machen. Die Fraktion überweist das Postulat einstimmig.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, stellt fest, dass keine konkreten Probleme aufgezeigt wurden. Es braucht die öffentliche Diskussion. Zuerst müssen die Grundlagen geschaffen werden, bevor über einen Stadtbaumeister gesprochen werden kann. Die Fraktion erachtet die vorgeschlagene Lösung des Gemeinderates als sinnvoll. Der Zeitpunkt einer Reorganisation ist nicht optimal. Zuerst soll die Ortsplanungsrevision abgeschlossen werden, bevor über neue Organisationen diskutiert wird. Die Rolle eines Stadtbaumeisters wird von der Fraktion als allwissend und allmächtig interpretiert. Diese Rolle ist weder nachvollziehbar noch nachhaltig. Gemischte Teams und interdisziplinäre Zusammenarbeit sollen gefördert werden. Die Fraktion ist der Ansicht, dass vor allem Fachleute wie Architektinnen und Architekten eine kompetente Fachperson benötigen, um auf Augenhöhe über Probleme der Stadt diskutieren zu können.

nen. Grundsatzfragen müssen im Rahmen der Ortsplanungsrevision geklärt werden. Die Fraktion sieht die Dringlichkeit für eine Verwaltungsreform nicht und folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist nicht zufrieden mit dem Zustand der Stadtentwicklung. Die Fraktion stört sich an den vielen Ansprechpersonen, den zu bürokratischen Verfahren und dem fehlenden Verständnis für Gewerbe und KMU in Thun. Ein "single point of contact" wäre wünschenswert für bisherige und zukünftige Investoren. Es wird eine unkomplizierte Person gesucht, welche die komplexen Verwaltungsverfahren mit Bauherren, Investoren und KMU koordiniert und sich über das Interesse an Thun freut. Die Fraktion wünscht sich vom Gemeinderat, die Kritik offen zu prüfen und zu überlegen, wie sich die Stadt im Bereich Bauen und Planen besser organisieren lässt, damit Thun eine wirtschafts-, KMU- und gewerbefreundliche Stadt wird. Eine sofortige Umstrukturierung der Stadtverwaltung während der laufenden Ortsplanungsrevision ist nicht erwünscht. Der Gemeinderat wird aufgefordert zu überprüfen, wie die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung besser verknüpft werden können. Die Zusammenarbeit zwischen den Planungs- und Baubehörden erweckt keinen harmonischen Eindruck. Gewünscht wird weniger "Gärtlidenken", eine einfache Struktur und ein unkomplizierter "single point of contact", an den sich die Akteure der Stadt wenden können, um ihre Projekte zu realisieren. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Die Stadtratspräsidentin macht auf vier eingegangene dringliche Vorstösse aufmerksam.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, wünscht sich eine starke Stadtentwicklung und damit auch eine höhere städtebauliche Qualität. Es wird auf die unterschiedlichen Ziele der drei Vorstösse verwiesen. Im Gegensatz zu den anderen beiden Vorstössen geht es bei diesem Vorstoss um eine Stärkung der Stadtentwicklung. Mit dem Beauftragten für Städtebau gibt es in Thun bereits einen Stadtarchitekten, der sich um die Gestaltung und den Städtebau kümmert und sich aktiv für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt. Herr Christen widerspricht dem Votum von Lukas Lanzrein. Es ist klar, wer in Thun die Ansprechperson im Bauinspektorat ist. Ein Stadtbaumeister führt nicht unbedingt zu mehr Qualität. Wichtig sind eine gute Zusammenarbeit und ein reger Austausch zwischen den verschiedenen Abteilungen. Ein gewisses Verbesserungspotential gibt es immer. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat in dieser Angelegenheit. Die Ortsplanungsrevision ist wichtig und erfordert Partizipation von allen Seiten. Hier wird bei gewissen Parteien ein Defizit festgestellt. Investoren tragen eine hohe Verantwortung an der Qualität einer Stadtentwicklung. Die Fraktion steht hinter dem Gemeinderat und lehnt das Postulat ab. Sie steht für eine nachhaltige Stadtentwicklung, Qualität in Architektur- und Aussenraumgestaltung ein und wird auch in Zukunft aktiv am Prozess teilnehmen.

Lukas Lanzrein (SVP) widerspricht seinem Vorredner Adrian Christen. Die beiden nachfolgenden Vorstösse zielen keineswegs auf eine Schwächung, sondern auf eine Stärkung der Stadtentwicklung ab. Weiter unterstreicht er, dass sein vorheriges Votum nicht als Kritik am Bauinspektorat gemeint war. Es ist klar, dass es im Bauinspektorat bei der Eingabe von Baugesuchen eine klare Verfahrensleitung gibt. Gemeint ist jedoch die Ebene der Stadtentwicklung. Bei grossen, für die Stadt äusserst relevanten Projekten, fehlt eine Ansprechperson für Grossinvestoren. Das zeigt ein Vergleich mit anderen Schweizer Städten. Damit im Stadtrat Steuergelder verteilt werden können, braucht es Investoren, die in Thun investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, begrüsst Investorinnen und Investoren in Thun. Der grösste Teil der Steuereinnahmen in Thun erfolgt durch Private. Mehr Steuereinnahmen durch Unternehmen sind erwünscht. Es wird an den Stadtpräsidenten verwiesen, bei dem gute Ideen deponiert werden können. Herr Schori missbilligt, wenn bei solch wichtigen Fragen auf einem Planungsamt oder einer Direktion Stadtentwicklung herumgehackt wird. Das Stadtmarketing verfolgt dieses Ziel seit Jahren hartnäckig. Allerdings handelt es sich um eine schwierige Aufgabe, da grosse Investoren viel Einfluss und Druckmittel haben. In Thun wurde aus diesem Grund nachhaltig auf regionale und lokale Investoren gesetzt. Herr Schori bittet die Räte, Themen am richtigen Ort zu deponieren und bei der Sache zu bleiben.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist nicht daran interessiert, Sündenböcke zu suchen. Es erweckt den Eindruck, dass beim Bau- und Planungsamt nicht alles so läuft, wie es sollte. Das Stadtmarketing, welches mit der Wirtschaftsförderung beauftragt ist, ist zu wenig in den Planungsprozess involviert. Die Wirt-

schafts- und Standortförderung sollen verstärkt in den Planungsbereich integriert werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass für die Steuereinnahmen der natürlichen Personen Arbeitgeber nötig sind.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth begründet zur Aussage von Stadtrat Weber, dass es sich bei der mangelnden Baukultur immer um dieselben Beispiele wie die Selve handelt. Diese Beispiele kommen aus einer anderen Zeit. Heute werden viel mehr Wettbewerbe ausgeschrieben. Das gute Stadtbild kann auch schlechtgeredet werden. Sie weist darauf hin, dass es entgegen vieler Annahmen sehr wohl eine Stadtplanerin gibt. In Thun besteht ein enorm grosses Interesse an der Entwicklung des Wohnbaus. Thun ist nach Regierungsrat Neuhaus die Stadt, die sich bezüglich Wohnen am meisten und schnellsten entwickelt. Gespräche mit grossen Investoren zeigen, dass der vermittelte Eindruck nicht geteilt werden kann.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt für die reichhaltige Diskussion. Die von Gemeinderätin Dumermuth genannten Beispiele wurden bewusst nicht aufgezählt. Der Standpunkt gegenüber den Investoren und Interessen ist zu wenig einheitlich und stark. Es ist gut, dass das Interesse am Wohnungsbau besteht. Auf der anderen Seite ist es auch nötig, dass sich der Kanton zu Wort meldet und die Stadt dazu auffordert, sich den inneren Problemen zu widmen. Für solche Aufgaben braucht es einen Stadtbaumeister.

Der Rat nimmt das Postulat mit 16 : 15 Stimmen an.

Die Stadtratspräsidentin weist darauf hin, dass die nachfolgenden Geschäfte 62 und 63, welchen das gleiche Thema zugrunde liegt, gemeinsam behandelt werden.

62. Interpellation I 10/2017 betreffend Stadtentwicklung

SVP/FDP-Fraktion vom 11. Mai 2017; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. I 10/2017

63. Interpellation I 9/2017 betreffend Aussenwerbung und Flaggen in der Innenstadt

Alain Kleiner (SVP/FDP) und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2017; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. I 9/2017

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erläutert das Geschäft. In Thun wurde viel geplant und gebaut. In den letzten Jahren gab es deutlich mehr Baugesuche und -Vorhaben als früher. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, auf alle Stimmen zu hören. Es ist sehr wichtig, dass im Planungsamt wie auch im Bauinspektorat ein konstruktives, ruhiges und verlässliches Arbeitsklima herrscht. Nur so können die vielen Aufgaben ohne Störungen ausgeführt werden. Führungsmässig ist Thun auf Kurs. Im Vordergrund steht die Ortsplanungsrevision. Ein Grossteil der Legislaturziele liegt beim Planungsamt. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Der Gemeinderat hat Verständnis für wirtschaftliche Anliegen. Jede Planung ist im Grunde wirtschaftsfreundlich. Allerdings gibt es unterschiedliche Interessen, die miteinander abgewogen werden müssen. Teilweise können nicht alle Anliegen kommuniziert werden. Kommunikation und Kundenzufriedenheit sind wichtig. Der Gemeinderat ist offen für Optimierungsvorschläge. Frau Dumermuth betont, dass planerische Prozesse den demokratischen Rechten unterliegen. Aus diesem Grund kann es wegen Einsprachen zu langen Verzögerungen kommen. Zentrales Ziel des Gemeinderates ist es, dass die laufende Ortsplanungsrevision mehrheitsfähig ist. Bisher wurden keine Zweifel dazu geäussert. Alle strategischen Fragen werden vom Planungsamt oder anderen Abteilungen vorbereitet und vom Gemeinderat rückgekoppelt und für die Weiterbearbeitung freigegeben. Die Bevölkerung wird früh mit einbezogen. Ein enger Kontakt wird aktiv gesucht. Zu ihrem Bedauern nehmen nicht alle Kreise die Möglichkeit wahr. Es wird an den Stadtrat und die Bevölkerung appelliert, die anstehenden Anlässe zu besuchen. Das Ziel soll gemeinsam erreicht werden. Es liegt nicht nur in der alleinigen Verantwortung des Gemeinderates und des Planungsamtes. Dem Gemeinderat sind einzelne Kritikfälle zum FBA bekannt. Frau Dumermuth warnt davor, von Einzelfällen aufs Ganze abzuleiten. Der Gemeinderat ist offen für Kritik und Verbesserungsvorschläge. Das Baureglement kann im Rahmen der Ortsplanungsrevision überprüft werden. Das FBA gibt lediglich Empfehlungen ab. Massgebend ist jedoch der Bauentscheid, bei dem zwi-

schen unterschiedlichen Interessen abgewogen wird. Der Fachausschuss hat keine Entscheidungskompetenz. Auffallend ist, dass das Verständnis für technische Anliegen viel grösser ist als für qualitative. Eine gute Gestaltung kann nicht gemessen, aber beurteilt werden. Diese Beurteilung wird in Form einer Empfehlung an ausgebildete Fachleute delegiert. Der Mehrwert des Fachausschusses besteht unter anderem darin, dass sie sich an der Beurteilung des Stadtbildes beteiligen. Der Fachausschuss kommt nur selten zum Zug, wenn es als sinnvoll erachtet wird.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die umfangreiche Beantwortung der Interpellation betreffend Stadtentwicklung. Einige Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Die Ortsplanungsrevision ist das grosse Legislaturprojekt, das mit hoher Professionalität, einem grossen Sachwissen und zielgerichtet geführt werden muss. Das Projekt kann und darf nicht verwaltet, sondern muss geführt werden. Mit dem momentanen Leistungsausweis bezüglich Stadtentwicklung und den Arbeiten des Planungsamtes ist die Fraktion nicht zufrieden. Verfahren und Planungen dauern zu lange. Es liegen zu wenig konkrete Planungsergebnisse vor. Zudem wird bemängelt, dass die Effizienz unter den bürokratischen Vorgehensweisen leidet und strategische Zusammenhänge fehlen. So stellt sich die Frage, was zentral und zwingend zu realisieren ist. Es besteht Handlungsbedarf. Die Fraktion wünscht sich eine detailliertere Zeitplanung, Alternativpläne sowie eine Risikobeurteilung. Zur Risikobeurteilung gehört unter anderem die Prüfung, ob das Planungsamt das grosse Projekt mit den bestehenden Ressourcen erfolgreich abschliessen kann. Die Fraktion geht davon aus, dass ein Abschluss mit dem zugesprochenen Verpflichtungskredit möglich sein sollte. Bezüglich Frage 7 fehlt eine Aussage zum Mehrwert der Mandatsverhältnisse.

Alain Kleiner, **SVP/FDP-Fraktion**, informiert über die Interpellation betreffend Aussenwerbung und Flaggen in der Innenstadt. Der Zweck der Flaggen war nicht etwa die Kaschierung von Gebäuden, sondern Werbung und Sichtbarkeit. Es wird kritisiert, dass einige Antworten des Gemeinderates fadenscheinig und widersprüchlich sind. Es ist für die Fraktion unverständlich, warum das Gesamtkonzept nach zwei Jahren nicht angepasst oder ergänzt werden kann. Das Argument der eingeschränkten Sichtwinkel ist unbegründet. Die Antwort, dass mögliche Massnahmen im Rahmen der Ortsplanungsrevision geprüft werden können, wird kritisiert. Ein klares Bekenntnis zum Gewerbe und den Geschäften der Thuner Innenstadt fehlt. Die Fraktion fordert von der Stadtverwaltung eine wirtschafts-, KMU-, investoren- und bauproduktfreundliche Umgangsweise und entsprechend gesetzte Schwerpunkte. Das Bauinspektorat wird dazu ermutigt, vernünftige und verständliche Bauentscheide zu treffen. Um in eigener Kompetenz entscheiden zu können, teilweise auch gegen die Empfehlungen des Fachausschusses, muss dem Bauinspektorat der Rücken gestärkt werden. Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, die Personalunion, die Direktionsvorsteherin Stadtentwicklung sowie den Vorsitz des FBA zu überprüfen. Es ist ungünstig, dass zwischen der Stadtentwicklung und dem FBA die kritische Distanz fehlt. Eine gute Baubehörde ermöglicht Bauen, statt dies zu verhindern.

Franz Schori (SP) findet die beiden Vorstösse unnötig. Das Geschäft hätte über direkte Wege in der Sachkommission oder mit dem entsprechenden Gemeinderat besprochen werden können. Eine Überflutung durch Vorstösse ist nicht gut für die Ratskultur. Herr Schori weist darauf hin, dass eine gute Stadtentwicklung manchmal seine Zeit braucht. Unter anderem auch deshalb, weil es gewisse Abhängigkeiten gibt. Er findet es naiv, sich mit einer Flagge gegen die Digitalisierung zu wehren anstatt das Geschäftsmodell anzupassen. Es wird kritisiert, dass zwei einzelne Vorstösse zum gleichen Thema eingereicht wurden, was zu mehr Verwaltungsaufwand führt. In Bezug auf die gestellten Fragen verweist Herr Schori auf den Stadtratsbericht aus dem August 2015, in dem über das Kommunikationskonzept der Ortsplanungsrevision informiert wurde. Er erinnert an die gute politische Kultur, die beibehalten werden soll.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, findet den Vorstoss nicht unnützig. Die Liste der realisierten und anstehenden Projekte ist beeindruckend. Die vorgeschlagene Lösung bezüglich Führung der Stadtplanung ist gut, um die Kontinuität sicherzustellen. Zudem sind personelle Stärken vorhanden, wobei die Ressourcen nicht reduziert wurden. Bei der Ortsplanungsrevision wünscht sich die Fraktion mehr Informationen zur detaillierten Planung. Bei der Stadtplanung gibt es viele unterschiedliche Vorstellungen. Es stellt sich die

Frage, wer bei den vielen Stadtplanern schlussendlich den Überblick behält. Die Kommunikation der Ortsplanungsrevision wird anspruchsvoll. Es wird befürchtet, dass die Bevölkerung noch stark von dem komplexen Geschäft überzeugt werden muss. Überraschend ist die Vielfalt der externen Mandate. Es stellt sich die Frage, wie der Wissenserhalt gewährleistet wird. Eine gute Dokumentation ist nötig. Beim Fachausschuss stellen sich einige kritische Fragen. Die Vorbereitung auf die Ortsplanungsrevision ist der richtige Zeitpunkt, um Grundlagen zu erarbeiten. Die Fraktion wünscht sich mehr Informationen, damit auf einer guten Basis entschieden werden kann.

Lukas Lanzrein (SVP) zitiert den Artikel 30 Abs. 3 aus dem Stadtratsreglement: "Wer spricht sollte bei der Sache bleiben und den parlamentarischen Anstand wahren". Er bittet die Räte, Vorstösse von anderen nicht nach Qualität oder Quantität zu werten. Er macht darauf aufmerksam, dass in der laufenden Legislatur von Seiten der SP- sowie der Fraktion der Grünen deutlich mehr Vorstösse eingereicht wurden. Die Fraktion wird weitere Vorstösse einreichen, falls das Bedürfnis besteht.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt für die ausführliche Antwort des Gemeinderates. Die Fraktion findet es schade, dass der Fachausschuss nur eine beratende Funktion hat, da er zur Qualität der Stadt beiträgt.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt für die sehr ausführliche Beantwortung der Interpellationen. Die Diskussion zeigt, dass der Vorstoss nicht unnütz war. Unter den aufgeführten realisierten Projekten in Thun sind einige sehr gelungene dabei. Es ist wichtig, die Stelle der Stadtplanerin in der momentanen Phase der Ortsplanungsrevision nicht neu zu besetzen. Stattdessen soll die Situation nach Abschluss der Ortsplanungsrevision neu beurteilt werden. Die Fraktion warnt davor, dass die Kommunikation in Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision nicht zu abstrakt sein darf, um das Stimmvolk abholen zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass das Referendum zum Reglement "nachhaltige Mobilität" nur Dank einer durch engagierte Stadträte erarbeitete Kompromisslösung umgangen werden konnte.

Franz Schori (SP) macht darauf aufmerksam, dass sowohl die SP wie auch die Grünen eigenständige Fraktionen sind. Er dankt all denjenigen, die zu der eindrücklichen Auflistung der realisierten Projekte beigetragen haben.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt für die vielschichtigen und wertvollen Diskussionsbeiträge. Das Gelingen der Ortsplanungsrevision liegt in der Verantwortung von allen. Die Kräfte müssen eingeteilt werden.

64 Postulat P 7/2017 betreffend drohenden Schliessungen des Standortes Thun des Berner Bildungszentrum Pflege

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2017; Dringlichkeit

Alice Kropf (SP) begründet die Dringlichkeit. Die Sparmassnahmenpakete werden im November im Grossen Rat beschlossen.

Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

65 Postulat P 8/2017 betreffend politische Unterstützung für die Hotelfachschule Thun!

Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP), Serge Lanz (FDP), Mark van Wijk (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2017; Dringlichkeit

Lukas Lanzrein (SVP) begründet die Dringlichkeit. Der Grosse Rat wird die Sparmassnahme im November behandeln.

Der Gemeinderat wersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

66 Interpellation I 18/2017 betreffend zeitgerechte Realisierung der Rasenfelder für den Breiten- und Nachwuchssport bei der Stockhorn-Arena!

SVP/FDP-Fraktion vom 24. August 2017; Dringlichkeit

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Bei der Burgergemeinde Thun gibt es eine inoffizielle Deadline bis Ende Jahr. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt wurde ein Postulat überwiesen. Am 2. Juni 2017 wurde zudem eine Medienmitteilung herausgegeben. Mit der Interpellation sollen letzte beachtliche Fragen beantwortet werden, bevor die Deadline der Burgergemeinde verfällt und der Gemeinderat keine Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten mehr hat. Die Fraktion erhofft sich von der Debatte ein deutliches Zeichen an den Gemeinderat, die Rasenfelder für den Breiten- und Nachwuchssport zu realisieren.

Der Gemeinderat wersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mehrheitlich zu.

67 Interpellation I 19/2017 betreffend Verkehrssituation in Thun

SVP/FDP-Fraktion vom 24. August 2017; Dringlichkeit

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Eine zeitnahe Beantwortung der Fragen, die vor allem von aussen kommen, macht Sinn. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um einfach formulierte Fragen handelt.

Gemeinderat Peter Siegenthaler lehnt die Dringlichkeit ab, da es sich um zeitlich rückwärtsgerichtete Fragen handelt. Er macht auf den Informationsanlass von Gemeinderat Hädener im Anschluss an die Stadtratssitzung aufmerksam, an dem anstehende Verkehrssanierungen präsentiert werden.

Franz Schori (SP) schliesst sich Gemeinderat Siegenthaler an.

Lukas Lanzrein (SVP) bestätigt, dass es sich um rückwärtsgerichtete Fragen handelt. Nach einer so breiten öffentlichen Reaktion ist eine zeitnahe Diskussion im Rat wichtig. Er weist darauf hin, dass der Informationsanlass im Gegensatz zur Interpellationsantwort nicht für die breite Öffentlichkeit gedacht ist. Es handelt sich um eine Möglichkeit, die Bevölkerung über den Sinn und die Notwendigkeit der Massnahmen zu informieren.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 22 : 9 Stimmen ab.


Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin erinnert an die anschliessende Informationsveranstaltung zu den Innenstadtbauustellen für alle Stadratsmitglieder.

Eingänge

- Postulat P 7/2017 betreffend drohenden Schliessungen des Standortes Thun des Berner Bildungszentrum Pflege (Dringlich)
- Postulat P 8/2017 betreffend politische Unterstützung für die Hotelfachschule Thun! (Dringlich)
- Postulat P 9/2017 betreffend wie genau ist der Zeitablauf der Ortsplanungsrevision?; Fraktion der Mitte vom 24. August 2017
- Postulat P 10/2017 betreffend Aufhebung der Fahrverbote für Fahrräder in der Innenstadt Thun; Martin Allemann und Mitunterzeichnende vom 24. August 2017
- Interpellation I 18/2017 betreffend zeitgerechte Realisierung der Rasenfelder für den Breiten- und Nachwuchssport bei der Stockhorn-Arena! (Dringlich)
- Interpellation I 19/2017 betreffend Verkehrssituation in Thun
- Interpellation I 20/2017 betreffend Ausschreitungen des Fussballspiels FC Thun vs. FC Basel vom 5. August 2017; SVP/FDP-Fraktion vom 24. August 2017
- Interpellation I 21/2017 betreffend wie weiter mit dem Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung (FBA)?; Fraktion der Mitte vom 24. August 2017

Der Stadtratspräsident


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger